

Stellungnahme zum Artikel von Frau Kathrin Zinkant in der SZ vom 26. Mai 2016 "Lehren aus dem Glyphosat"

Zum Glyphosat

Wirkstoffe von Pflanzenschutzmittel werden alle 15 Jahre nach wissenschaftlichen Maßstäben neu bewertet. Die Politik entscheidet dann, ob der Wirkstoff zugelassen, d. h. vertrieben und damit in die Umwelt entlassen werden kann. Es handelt sich immer um eine politische Entscheidung, denn nur die kann entscheiden, ob der Wirkstoff sozial adäquat ist. Wissenschaftler haben kein politisches Mandat.

Es ist sinnvoll Stoffe immer mal wieder neu zu bewerten, weil es einen „Wissenschaftlichen Fortschritt“ gibt, den es bei den Entscheidungen zu berücksichtigen gilt. So ist das auch beim Glyphosat:

- Es hat sich gezeigt, dass aufgrund der ausgeweiteten Anwendungen, in 70 % der Bevölkerung Glyphosat im Urin gefunden wird.
- Toxikologisch spielte dieser Wert wohl keine Rolle, weil Glyphosat nach wie vor nicht toxisch ist.

Tatsache ist, dass es unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich des Krebserkrankungsrisikos gibt. Deutschland und Europa sind der Auffassung, dass es nicht krebserregend ist. Das WHO-Krebsforschungs IRAC ist der Auffassung, dass Glyphosat „wahrscheinlich krebserregend“ ist. Zwei unterschiedliche wissenschaftliche Einschätzungen von Tragweite. „Wahrscheinlich krebserregend“ ist ein feststehender Bewertungsbegriff, der deutlich macht, dass es wissenschaftlich belastbare Hinweise zur krebsinduzierenden Wirkung gibt. Das sieht Europa anscheinend anders. Aber der Dissens bleibt.

Keinesfalls zeugt es von einer „bemerkenswerten Oberflächlichkeit, mit der wissenschaftliche Fragen in der Politik behandelt werden“, wie Frau Zinkant schreibt. Es zeugt vielmehr von hohem politischem Verantwortungsbewusstsein. Zumal, wenn die weltweiten intensiven Anwendungen dieses Stoffes berücksichtigt werden.

Ein wichtiger Faktor sollte bei der Diskussion immer wieder benannt werden: Glyphosat ist weltweit der wichtigste Wirkstoff, ohne den moderne Landwirtschaft nur bei erheblich höheren Kosten möglich ist. Darum wird um den Stoff auch so verbissen gekämpft.

Wenn die Umweltministerin Barbara Hendricks beklagte „dass die Widersprüche in der wissenschaftlichen Bewertung, "restlos" aufgeklärt werden müssen“, muss ihr geantwortet werden: Das gibt es nicht. Restrisiken gibt es bei jeder Technologie, aber sie hält diese Risiken anscheinend politisch für zu hoch. Dagegen ist nichts einzuwenden. Auch, wenn sich „die Experten selten so einig waren: der Einsatz von Glyphosat in Europa ist zu verantworten“, so muss der Stoff nicht zugelassen werden, weil politische Entscheidungsfindung mehr ist als Expertenwissen und Expertenmeinung.

Frau Zinkant räumt aber ein: „technologischen Fortschritt gegenüber kritisch zu bleiben. Risiken müssen sorgfältig untersucht, Interessen beobachtet werden“. Da hat sie Recht! Bei ihr hat es nur den Anschein, dass es so geschrieben werden musste, damit ihre Kritik auch zündet. Das kommt in ihrer anschließenden Polemik zum Ausdruck: „Kritisch zu bleiben, bedeutet aber nicht, alles zu verhindern.“ Alles? Bei Pflanzenschutzmittel sind es nur wenige Prozent, die nicht zugelassen werden!

Frau Zinkant schreibt: „Umweltverbände laufen mit den alten Gespenstern jetzt schon Sturm gegen die neue Gentechnik. Werden diese Ängste nun wieder nur bedient?“ Frau Zinkant hat Recht. Es ist zu früh diese neue Technik zu beurteilen, und schon gar nicht politisch, weil zu wenig belastbare Erkenntnisse

vorliegen. Diese Technik bietet große Chancen, vielleicht ohne all die Probleme der „alten“ Technik. Sehen wir genau hin, ohne Vorurteile, die im Moment bei den Umweltverbänden auszumachen sind.